

03.07.2008

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 03.07.2008
zu Ltg.-**29/D-1-2008**
~~-Ausschuss~~

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Rinke und Königsberger

zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, LT-29/D-1

betreffend **abermalige Erhöhung des Kilometergeldes**

Um die Belastung der Bevölkerung – insbesondere der Pendler - durch die rasant steigenden Treibstoffpreise entgegenzuwirken hat die Bundesregierung am 28.5.2008 ein Maßnahmenpaket bestehend aus der Erhöhung des Pendlerpauschales und einer 12%igen Erhöhung des Kilometergeldes vorgelegt, das vom Nationalrat am 6.6.2008 beschlossen wurde und am 1. 7.2008 wirksam geworden ist.

Für die Niederösterreichischen Landesbediensteten wird die Erhöhung des Kilometergeldes durch die Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten und des Landes- Bedienstetengesetzes in der Landtagssitzung am 3.7.2008 entsprechend ausgeführt, wobei allerdings auf eine Befristung der erhöhten Leistung verzichtet wird.

Da die durch die steigenden Treibstoffpreise verursachte finanzielle Mehrbelastung der Bürger von den geschilderten Maßnahmen jedoch nicht zur Gänze ausgeglichen werden kann, wäre ein noch deutlicheres Signal zur Entlastung der Bevölkerung wünschenswert.

Deshalb soll der Bund aufgefordert werden eine abermalige Erhöhung des Pendlerpauschales und des Kilometergeldes auf etwa € 0,45/Kilometer zu überlegen und eine dementsprechende Beschlussfassung einzuleiten. Der Niederösterreichische Landtag würde eine dementsprechende abermalige Erhöhung des Kilometergeldes

für den Wirkungsbereich des Landes Niederösterreich in bewährter Weise nachvollziehen.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, im Sinne der Antragsbegründung eine abermalige Erhöhung der Entlastungsmaßnahmen für Pendler herbeizuführen.“